## Unterkunft an der Kamener Straße bleibt umstritten

Kritiker hinterfragen Finanzierung angesichts ungeklärter Haushaltslage.

Von Thomas Raulf

Königsborn. Soll die Stadt Unna eine neue Unterkunft für Flüchtlinge an der Kamener Straße bauen? Die Politik lässt eine Tendenz erkennen, dass sie den überarbeiteten Plänen mehrheitlich zustimmen könnte. Aber das Projekt bleibt umstritten.

Mit Finanzierungsreserve und flexibel, was die spätere Nutzung angeht: So plant die Stadt nun den Neubau eines Gebäudekomplexes an der Kamener Straße, der zur Unterbringung von Flüchtlingen dienen soll. Die Stadtverwaltung stellt das Proiekt als unumgänglich dar, da sie langfristig mit 200 Flüchtlingen im Jahr rechnet, die in Unna untergebracht werden müssen und da es keine sinnvolle Alternative gebe. Bleiben irgendwann die Flüchtlinge doch aus, so der Plan, dann können in den 52 geplanten Wohnungen auch Hartz-IV-Empfänger leben.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Volker König will das Projekt tatsächlich nicht als Flüchtlingsunterkunft verstanden wissen. Es handele sich um Wohnungen, die notwendig seien. Wie notwendig und warum, das wolle sich die SPD-Fraktion nun von der Verwaltung erläutern lassen. Letztlich müsse es noch eine Abstimmung in der Fraktion geben, sagt König, er lässt aber seine Tendenz erkennen: "Ich bin nicht abgeneigt, wenn die Finanzierung möglich ist."

Die Bündnisgrünen waren von vornherein für den Bau der Unterkunft und seien "dafür, dass auf alle Fälle gebaut wird", wie die Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert erklärt.

Die Geldfrage ist für den nachvollziehbar.

Chef der zweitgrößten Ratsfraktion der größte Knackpunkt. Die Bedingungen, unter denen die CDU-Fraktion für den Neubau stimmen würde, seien nicht erfüllt, sagt der Vorsitzende Rudolf Fröhlich. "Erst einmal müsste der städtische Haushalt in trockenen Tüchern sein, ohne nennenswerte Steuererhöhungen", sagt Fröhlich. Die Stadt dürfe keine neuen Schulden machen. Und wie es mit dem Eissport weitergeht, sei eine große "Unwägbarkeit". Er befürchtet, dass hohe Kosten auf die Stadt zukommen könnten. Es habe noch keine fraktionsinterne Beratung gegeben, aber da die neue Vorlage zum Projekt Kamener Straße auch "etliche Widersprüche" enthalte, werde die CDU-Fraktion ihr wohl nicht zustimmen, so Fröhlich.

"Aus drei Millionen werden sicher vier Millionen oder noch mehr", sagt FLU-Fraktionschef Klaus Göldner. Er bezieht sich auf die von der Verwaltung aktualisierte Kostenschätzung. Der Unterkunftsneubau demnach wie vor einem Jahr vorgestellt 2,4 Millionen Euro kosten, aber die Stadt plant eine Reserve von einer halben Million ein. Göldner steht dem Konzept weiterhin ablehnend gegenüber, nicht nur, weil die Stadt es sich nicht leisten könne. "Gute Argumente gibt es nicht." Als die Stadt den Betrieb der Erstaufnahme bis 2024 genehmigte, habe die Verwaltung argumentiert, eine Koexistenz mit der Hochschule sei möglich. Dass das Rathaus nun wiederum von einem Interessenkonflikt zwischen Hochschule Flüchtlingsunterbringung spricht, ist für Göldner nicht